

Grosser Gemeinderat

Worb, 12. November 2019

391. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 11. November 2019, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:00 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Christensen Sven (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
2. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
1. Stimmzähler	Suter Michael (FDP)
2. Stimmzähler	Santschi Jürg (BDP)
Mitglieder	Cetin Mayk (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP) Gosteli Hansjörg (FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Rothenbühler Marc (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Stucki Daniel (FDP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Aebersold Daniel (SVP) Fiechter Niklaus (SVP) Kohli Stephan (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Stucki Simon (SVP) Waber Karin (SVP) Wälti Martin (SVP) Zingg Stephan (SVP) Cavargna Tiziano (SP) Federer Guido (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gränicher Marius (SP) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne) Wenger Claude (Grüne) Zimmermann Noemi (SP)
Abwesend	Goetschi Thomas (SP) Jorio Marco (GLP) Lehmann Manfred (BDP)

Marchand Andy (FDP)
Müller Bernhard (EVP)
Zwyer Lukas (BDP)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 14. Oktober 2019: Genehmigung
3. 10/1/0 Ständige Kommissionen
„Ständige Kommissionen stärken: mehr Einfluss für unsere Miliz! (Antrag 1: verbesserte Protokollführung)“, Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
4. 10/1/0 Ständige Kommissionen
„Ständige Kommissionen stärken: mehr Einfluss für unsere Miliz! (Antrag 2: Mitberichte)“, Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
5. 10/10/11 Sportzentrum Worb AG
„Zukunft des Wislepark politisch verankern: für einen zukunftsgerichteten Geschäftsplan der Sportzentrum Worb AG“, überparteiliche Motion der SVP- und FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 13/0/0 Gemeindepersonal
„Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes“, einfache Anfrage der SVP-Fraktion: Stellungnahme
7. 21/47 Finanzausgleich
„Kantonale Sparmassnahmen und deren Auswirkungen auf die Gemeinde Worb“, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
8. 32/1/2 Gemeindesaal Bärenplatz 2 Worb (Parzelle 29)
„Bärensaal Worb – angemessene Infrastruktur“, Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
9. 56/13/0 Verkehrssicherheit
„Tempo 20 im Dorfzentrum Worb: für sichere Schul- und Velowege“, Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 56/13/0 Verkehrssicherheit
„Fussgängerstreifen auf der Bahnhofstrasse schafft Klarheit und Sicherheit“, Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
11. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsident Christensen Sven: Am Donnerstag sind zwei als dringlich bezeichnete Interpellationen der Fraktion SP+Grüne eingegangen. Eine mit dem Titel „Tagesschule ja, aber...“ und die andere mit dem Titel „Kein Schachmatt auf der Sternenmatt“. Gemäss Art. 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, welche ihr alle kennt, werden die als dringlich bezeichneten Vorstösse dem GGR zu Beginn der Sitzung zum Entscheid über die Dringlicherklärung vorgelegt. Ich werde anschliessend die Urheberinnen oder die Urheber bitten die Dringlichkeit kurz zu begründen. Pro Vorstoss sollte nur eine Person nach vorne kommen. Sofern der Rat die Dringlichkeit bejaht, werden die so bezeichneten Vorstösse für die nächste Sitzung traktandiert. Sollte die Zeit nicht ausreichen, dann kann es sein, dass die Antworten nicht schriftlich sondern mündlich erfolgen.

Dringliche Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Tagesschule ja, aber...“

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Die Dringlichkeit begründet sich, von mir aus gesehen, von selbst, wenn man die Vorstellung von vorhin hörte. Ich möchte nochmals betonen, dass ich selbst Tagesschulleiterin bin und überhaupt nicht gegen die Tagesschule bin. Ich finde dies eine super Institution und bin auch der Meinung, dass man diese vergrössern muss. Da gibt es nichts mehr daran zu rütteln. Aber für uns von der SP+Grüne ist der Standort immer noch nicht ganz so klar wie für andere. Die Tagesschule ist wichtig und soll möglichst rasch realisiert werden, aber muss es wirklich dort sein? Für uns hat der heutige Abend noch ganz viele Fragen noch nicht gelöst. Daher hoffe ich, dass ihr der Dringlichkeit von diesem Vorstoss zustimmt. Uns geht es darum, dass wir gewisse Fragen noch klären könnten, bevor das Gebäude dann schon steht. Ich möchte noch kurz zur Variantenanalyse sagen, dass ich zu jedem Punkt, wo dort ein Kreuz beim Dorfschulhaus ist, ich ein Kreuz beim Wislepark machen und ich es genauso begründen könnte. Eine Variantenanalyse ist für mich etwas mager, wenn man einfach so eine Kreuzliste hat und ansonsten keine Unterlagen, welche die Kreuze immerhin noch begründen. Ich hoffe, ihr könnt der Dringlichkeit unserer Interpellation zustimmen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Es ist uns klar, dass man in diesem Zusammenhang Fragen stellt, es ist auch gut, wenn man Fragen stellt und diese Fragen schnell beantwortet haben möchte. Insbesondere in diesem Prozess, wo wir uns bereits befinden. Dies kann jedoch nicht auf dies reduziert werden, was Christoph mit diesen Kreuzen gesagt hat. Es ist ein solches Dossier, wo in diesem Zusammenhang erstellt wurde. Auch Sven hat dazu einiges gesagt. Da ist mehr dahinter als nur diese Kreuzliste. Da ist ein Dossier dahinter, in welches dann selbstverständlich, sobald das Geschäft vorliegt, auch Einblick genommen werden kann. Ich wollte dies nur kurz präzisieren, dass wir nicht nur aufgrund von diesen paar Kreuzen, welche gezeigt wurden, entschieden haben. Ausserdem war alles eine Zeitfrage auch heute Abend bei dieser Präsentation.

Beschluss:

Die Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Tagesschule ja, aber...“ wird grossmehrheitlich als dringlich erklärt.

Dringliche Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Kein Schachmatt auf der Sternenmatt“

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Auch dies begründet sich fast von alleine. Man hört von überall, dass der Gemeinderat diese ZöN bei der Sternenmatte umzonen möchte. Wir sagen, über Jahrzehnte wurde diese Zone vom Parlament und Gemeinderat als Zone für die öffentliche Nutzung für zukünftige Generationen reserviert. Offenbar möchte nun der Gemeinderat diesen Generationenvertrag ohne Not preisgeben, statt öffentlicher Nutzung soll nun die letzte grüne Werberlung privaten Interessen weichen. Dies macht uns grosse Sorgen. Ohne politischem Diskurs, ohne politische Mitwirkung und ohne offene Informationen soll nun wieder ein Fait accompli geschaffen werden. Aus diesem Grund bitten wir das Parlament, auch der Dringlichkeit von dieser Interpellation zuzustimmen, damit wir auch dort einfach diese Infos haben, welche wir benötigen, dass wir überhaupt wissen, was dort geht.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Geschäfte, bei welchen es um die Dringlichkeit geht, sind immer etwas schwierig hier zu behandeln, denn der GGR weiss nicht genau, um was es geht. Ihr habt keine Unterlagen

vorliegend. Ebenso wenig kann der Gemeinderat eine Stellungnahme abgeben, weil wir es noch gar nicht behandeln konnten, da es erst heute hier aufs Tapet gekommen ist. Ich kann daher hier auch keine Stellungnahme abgeben. Ich erkläre euch gerne, was wir heute für eine baurechtliche Grundordnung auf der Sternematt haben. Heute ist dies nämlich eine ZöN. Eine Zone für öffentliche Nutzung, diese ist dort, wo heute der Parkplatz ist. Diesen haben wir als Ersatz für die Parkplätze, welche beim Bau des Dreiklangs weggefallen sind, gemacht. Der vordere Teil ist eine Grünzone. Wir haben das Gebiet bei der Ortsplanung ausgestanzt und dies bewusst nicht geplant und bewusst nicht gesagt, was dort ändern soll. Wir haben einfach gesagt, wir wollen uns Zeit nehmen, uns zu überlegen, was dort genau passieren soll. Wir wollen dies in einem separaten Prozess machen. Also gelten die heutigen Vorschriften weiterhin. Wenn ich höre, dass der Gemeinderat die Sternematte von der öffentlichen Nutzung entbindet und diese überbauen lässt, dann ist dies vielleicht in den 60er Jahren so passiert. In den 60er Jahren konnte der Gemeinderat beschliessen, dass man umzont. Dies ist mittlerweile längst durch, dies wisst ihr ja bestens. Es braucht immer ein Planerlassverfahren. Ein Planerlassverfahren dies ist eine langfädige Geschichte. Dieses beginnt mit einer Mitwirkung, wo sich jeder einbringen kann. Dann geht es in die kantonale Vorprüfung, wo der Kanton es prüft, ob es seinen Vorstellungen entspricht. Dann gibt es eine Auflage. Anschliessend gibt es die Genehmigung hier im GGR. Wenn es dann der GGR nicht so genehmigt, wie es die Bevölkerung gewollt hätte, dann kann man das Referendum ergreifen und nochmals alles umdrehen. Dies haben wir ja auch alles schon miterlebt. Wir haben dies schon durchgespielt. Ich denke an das Zentrum Sonne Rüfenacht, wo man es in der Bevölkerung breit abgestützt hat. Wenn es jetzt hier darum ginge, eine Wohnüberbauung zu machen, dann müsste man dies auch ganz breit abstützen, damit man überhaupt zu einem Ziel kommt. Ich kann euch beruhigen. Hier passiert in den nächsten Jahren noch nichts, ausgenommen, dass wir diesen Prozess allenfalls machen. Das der Gemeinderat da umzonen und auszonen könnte, dies ist längst durch. In dem Sinne werden wir die Fragen gerne beantworten. Wenn es dringlich ist, dann werden wir es im Dezember mündlich beantworten und wenn es nicht dringlich ist, dann werden wir es im Februar oder März schriftlich machen. Wir beantworten euch selbstverständlich die Fragen gerne.

Beschluss:

Die Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Kein Schachmatt auf der Sternematt“ wird mehrheitlich als dringlich erklärt.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt ansonsten unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	1	2017/21-206	143	12/0/0

Ratspräsident Christensen Sven: Die Traktandenliste der nächsten GGR-Sitzung steht bereits seit einer Weile und ihr habt diese heute um zwei weitere Interpellationen verlängert. Es ist eine recht überladene Sitzung, obwohl wir bereits um 17.30 Uhr starten werden. Aus diesem Grund haben wir gesagt, dass wir das Jahresabschlussessen etwas anders machen. Dies nach dem Motto „einfach, einfach mal anders...“. Einfach bedeutet, wir werden das GGR-Essen hier machen. Wir lassen den Pizzakurier kommen und rücken miteinander die Stühle. Das Gedeck und der Abwasch werden von Beat Jaun organisiert. Ich nehme an, die meisten wissen, wer Beat Jaun ist. Er ist unsere gute Saalfee. Er schaut immer, dass die Mikrofone und so weiter laufen. Er wird dies bereitstellen. Den Preis habe ich mit ca. 33 Franken berechnet. Darin sind seine Aufwände, die Pizzas und drei Getränke von Bier zum Kaffee enthalten. Das Süsse zum Nachtisch wird dann noch gesponsert. Ich hoffe, dass ihr alle dafür dann mitessen könnt. Ich werde jetzt kurz die Anmeldungen verteilen. Es ist toll, wenn alle, welche hier sind, das Kreuz setzen, was für eine Pizza sie wollen und mir diese am Ende der Sitzung vorbeibringen könnten.

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat das Projekt Hochwasserschutz in Worb unter die Lupe genommen. Durch die ASK-Mitglieder wurde ein Fragenkatalog ausgearbeitet. Diesen haben wir Stephan Hauri von der Bauabteilung Worb zugestellt. Sämtliche Fragen wurden durch den Tiefbauleiter Stephan Hauri von der Bauabteilung Worb ausführlich und zu unserer vollen Zufriedenheit schriftlich beantwortet. Vielleicht kurz zu diesem Hochwasserschutzprojekt: Auslöser des Projekts waren Überschwemmungen in Worb in den 80er und 90er Jahren. 2001 wurde das Projekt durch das Departement Bau unter der damaligen Leitung von Ernst Hauser in Angriff genommen. Neuen Schub hat das Projekt durch drei grosse Überschwemmungen in den Jahren 2006 und 2007 mit grossen Schäden in Worb erhalten. Am 7. März 2010 bewilligten die Worber Stimmberechtigten einen Kredit von 16,8 Mio. Franken. In der Abstimmungsbotschaft wurde kommuniziert, dass der Anteil der Gemeinde Worb an den Kosten 20 bis 40 Prozent oder ungefähr 5 Mio. Franken betragen werde. Der aktuelle Stand präsentiert sich so, dass das Projekt im Sommer 2019 baulich abgeschlossen wurde. Die Verurkundung von einzelnen Verträgen ist noch in Bearbeitung. Im Oktober ist dem Kanton das zehnte und letzte Beitrags-gesuch eingereicht worden. Die Kreditabrechnung wird voraussichtlich im Jahr 2021 erstellt. Dann ist die zweijährige Garantiefrist abgelaufen. Ich komme noch zu den voraussichtlichen Gesamtkosten. Sie belaufen sich auf 20,12 Mio. Franken. Von Bund und Kanton gibt es voraussichtlich Beiträge von 16,73 Mio. Franken. Weiter gibt es einen Beitrag aus dem Fonds Hochwasserprävention der Versicherung Die Mobiliar von 1,463 Mio. Franken. Die voraussichtlichen Nettokosten für die Gemeinde betragen 1,9 Mio. Franken, also deutlich weniger als in der Abstimmungsbotschaft in Aussicht gestellt. Das nimmt die ASK mit Freude zur Kenntnis. Die ASK dankt Stephan Hauri und seinem Team für das grosse Engagement in diesem Projekt und für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Im Anschluss an den Bau der Verkehrssanierung Worb ist ein Verkehrsmonitoring durchgeführt worden. Ich informiere euch über die ersten Resultate. (Gemeindepräsident Niklaus Gfeller zeigt die Resultate des Monitorings mittels einer Präsentation. Der Protokollführer.) Das Verkehrsaufkommen wurde bei den Zugängen nach Worb gemessen, konkret beim Kreisel nach der OLWO, beim Kreisel Worbboden, beim Kreisel Rubigenstrasse, bei der Dorfeinfahrt von Richigen her und bei der Dorfeinfahrt von Enggistein her. Der durchschnittliche tägliche Verkehr betrug von Boll her im Jahr 2010 9'800 Fahrzeuge, 2019 waren es noch 7'250. Von Rüfenacht her blieb er einigermaßen konstant. Im 2010 waren es 12'000 Fahrzeuge, im 2019 11'900 Fahrzeuge. Zugenommen hat der Verkehr von Richigen her, und zwar von 11'350 auf über 12'000 Fahrzeuge. Ebenfalls konstant blieb der Verkehr von Enggistein her, von Rubigen her nahm er leicht zu. Die Abendspitzenstunden, also die am meisten belastete Stunde am Abend, zeigen folgendes Bild: Von Boll her waren es 2010 890 Fahrzeuge, 2019 noch 750. Von Rüfenacht her gab es eine Zunahme von 870 auf 1'070 Fahrzeuge. Von Richigen her gab es eine Abnahme von 1'030 auf 780. Der Schwerverkehrsanteil hat durchwegs abgenommen, von 4 auf 2 Prozent von Boll her, von 5 auf 2 Prozent von Rüfenacht her. Weiter wurde an drei Punkten im Inneren des Dorfes der Verkehr gemessen, und zwar auf der Bahnhofstrasse, der Bernstrasse und der Rubigenstrasse. Auf der Rubigenstrasse hat der Verkehr wie vorausgesagt zugenommen von gut 7'000 auf 12'600 Fahrzeuge. Die Abendspitzenstunde erhöhte sich von 570 auf 1'150 Fahrzeuge. Auf der Bernstrasse hatte man 2010 durchschnittlich 12'000 Fahrzeuge pro Tag, jetzt sind es noch 3'300. Die verlangte Unterschreitung von täglich 4'000 Fahrzeugen ist also schon heute und ohne Inbetriebnahme der Poller erreicht. In der Abendspitzenstunde hatte es 2010 890 Fahrzeuge, heute sind es 320. Auf der Bahnhofstrasse hatten wir 2010 pro Tag 15'400 Fahrzeuge. Heute sind es noch 5'850. Massgebend für die Inbetriebnahme der Poller sind hier die Anzahl Fahrzeuge zwischen 22.00 und 6.00 Uhr. Gemäss Strassenplan dürfen es maximal 150 Fahrzeuge sein, tatsächlich sind es 300. Bei den Messungen wird zwischen Durchgangs- und Ziel-/Quellverkehr unterschieden. Als Durchgangsverkehr gelten Fahrzeuge, die innerhalb von 15 Minuten ins Dorf ein- und wieder ausfahren. Zu diesem Zweck erfasst man bei den Messungen die letzten drei Ziffern der Autonummer. Ziel-/Quellverkehr sind Fahrzeuge, die das System nicht innert 15 Minuten wieder verlassen. Auf der Bernstrasse handelt es sich bei drei Vierteln des Verkehrs um Ziel-/Quellverkehr. Nur ein Viertel der Fahrzeuge benützt die Bernstrasse als Durchgangsstrasse. Bei der Bahnhofstrasse sind zwei Drittel Ziel-/Quellverkehr und ein Drittel Durchgangsverkehr. Wenn man über die Höhe des Verkehrs auf der Bahnhofstrasse lamentiert, muss man bedenken, dass zwei Drittel des Verkehrs im Dorf bleibt. Noch ganz kurz zur Routenwahl: Nur sieben Prozent der Fahrzeuge, die von Rüfenacht nach Richigen fahren, wählen die Route durchs Dorf. Die übrigen benützen die Umfahrung. Bei der Route von Rüfenacht nach Enggistein wählen zwischen 92 und 94 Prozent der Lenkerinnen und Lenker die Umfahrung. Als Fazit kann man feststellen, dass sich die Verkehrssanierung Worb so auswirkt, wie man sich das erhofft und wie man das geplant hat.

Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Wenn ihr während der Weihnachts- oder Wintertage Richtung Richigen fahren und dabei im ersten Haus rechts Licht oder einen schrägen Ziegel oder eine Unordnung sehen werdet, so ruft nicht mehr Jonas Weil oder Christian Reusser an. Nutzen und Schaden ist beim Richigheimet am 1. Oktober 2019 an den neuen Eigentümer übergegangen. Das ist die gute Nachricht. Beim Schulhaus Wattenwil hat sich seit der Budgetsitzung nichts geändert. Ich hoffe, auch dort in nächster Zeit positive Nachrichten vermelden zu können. Vor Weihnachten darf man immer noch hoffen.

Protokoll der Sitzung vom 14. Oktober 2019: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	2	2017/21-207	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

"Ständige Kommissionen stärken: mehr Einfluss für unsere Miliz! (Antrag 1: verbesserte Protokollführung)", Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	3	2017/21-208	32150	10/1/0

Detailberatung

Suter Michael, FDP: Die Regierung beantragt, die Motion als nicht erheblich zu erklären, weil das Anliegen schon erfüllt sein soll. Wir können dieser Einschätzung zustimmen und wenden uns nicht gegen den Antrag. Ich erlaube mir trotzdem eine Bemerkung: Die FDP steht den Kommissionen ja schon seit langem kritisch gegenüber. Wir sind der Meinung, es werde zu wenig Arbeit gemacht. Und wenn Arbeit geleistet wird, so spüre man das zu wenig. Dementsprechend sind wir schon darauf angewiesen, dass die Instrumente, die schon vorhanden sein sollen, ein bisschen mehr Zähne erhalten. Und wenn man sich für etwas eingesetzt hat, in der Folge auch Nachachtung verschafft und das Votum protokollieren lässt. Da sind aber primär wir alle gefordert. Es sind ja die Parteien, die die Kommissionen besetzen, sowohl die innerparlamentarischen als auch die ausserparlamentarischen. Wir müssen mit unseren Kommissionsmitgliedern entsprechend Rücksprache nehmen, damit ihre Voten auch Eingang finden. Wir sind mit der Nichterheblicherklärung einverstanden.

Gränicher Marius, GPK: Ich nehme im Namen der GPK gerne zu beiden Vorstössen Stellung. Es geht bei beiden Vorstössen um Transparenz in den Geschäften. Die GPK ist darauf angewiesen, dass wir eine lückenlose Dokumentation der Geschäfte haben. Somit kann es fast nicht transparent genug sein. Auch wir sind froh, wenn die in den Reglementen vorgesehenen Instrumente auch tatsächlich genutzt werden. Für die GPK und wahrscheinlich auch für den GGR wäre es dienlich, wenn in den Protokollen auch ein Hinweis vorhanden wäre, wenn ein Beschluss nicht einstimmig, sondern per Mehrheitsentscheid gefällt wurde. Wir wünschen uns, dass man die Argumente der Befürworter wie auch der Gegner einsehen könnte und diese in der Botschaft aufführen würde. Vermutlich braucht es dafür eine Absichtserklärung und nicht eine Reglementsänderung. Wir sehen darin einen Gewinn.

Beschluss:

Die Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel „ständige Kommissionen stärken: mehr Einfluss für unsere Miliz! (Antrag 1: verbesserte Protokollführung)“ wird als nicht erheblich erklärt.

"Ständige Kommissionen stärken: mehr Einfluss für unsere Miliz! (Antrag 2: Mitberichte)", Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 4	Beschlusnummer 2017/21-209	Geschäftsnummer 32151	Archivnummer 10/1/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Suter Michael, FDP: Wir sehen, dass die Regierung dem Vorstoss zumindest teilweise aufgeschlossen gegenübersteht. In der Sache geht es um zwei Themen: Zum einen soll die Regierung besser informiert werden, was in den Kommissionen geht, und zum anderen soll der GGR besser informiert werden, was in den Kommissionen geht. Vorgeschlagen ist, dass zumindest der GGR besser informiert wird. Offenbar erhält die Regierung bereits Detailinformationen. Dort will ich mich nicht auf die Äste hinaus lassen. Das ist Sache der Regierung. Mir geht es um die Information an uns. Mit dem Vorschlag, dass man bei Gemeinderatsanträgen, die von den Kommissionsanträgen abweichen, das Parlament informiert, kann ich leben. Ich finde das einen vernünftigen Vorschlag, der nicht zu Leerläufen und Mehraufwand führt. Die FDP kann mit der teilweisen Erheblicherklärung der Motion leben.

Beschluss:

1. Die Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel „ständige Kommissionen stärken: mehr Einfluss für unsere Miliz! (Antrag 2: Mitberichte)“ wird teilweise als erheblich erklärt.
2. Das Reglement über die ständigen Kommissionen ist in dem Sinn zu überarbeiten, dass der Gemeinderat den Grossen Gemeinderat geeignet informieren muss, wenn er einen von den vorberatenden Kommissionen abweichenden Antrag stellt.

"Zukunft des Wislepark politisch verankern: für einen zukunftsgerichteten Geschäftsplan der Sportzentrum Worb AG", überparteiliche Motion der SVP- und FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 5	Beschlusnummer 2017/21-210	Geschäftsnummer 32149	Archivnummer 10/10/11
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

Detailberatung

Gosteli Hansjörg, FDP: Die FDP ist damit einverstanden, die eingereichte Motion in ein Postulat umzuwandeln. Trotzdem erachten wir die Situation rund um den Wislepark als heikel. Dem Gemeinderat wurden vor kurzem Quartalszahlen vorgelegt. Diplomatisch ausgedrückt waren die nicht besonders erfreulich. Wir wünschen uns eine zeitnahe Information und einen Einbezug des Grossen Gemeinderates. Der sollte mehr beinhalten, als eine reine Informationsveranstaltung.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Als erstes bedanke ich mich beim Verwaltungsrat, beim Geschäftsführer und bei den Mitarbeitenden des Wisleparcs herzlich für ihr unermüdliches Engagement. Immer und immer wieder geraten sie in die Schusslinie von uns Worber Politikerinnen und Politiker und müssen sich für Dinge verantworten, deren Ursprung an einem ganz anderen Ort liegt. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Dies nicht zuletzt darum, dass dank der Informationen und der Transparenz nach und nach etwas Ruhe einkehren kann. Das Team des Wisleparcs ermutigen wir dazu, die Bevölkerung in die Erarbeitung der strategischen Ziele miteinzubeziehen und ihre Bedürfnisse abzuholen. Nur wer die Bedürfnisse kennt, kann den Erwartungen entsprechen und damit Erfolg generieren.

Fivian Bruno, SVP: Jetzt hätten wir einen Zapfen in der Hand, den wir in das Fass ohne Boden stecken könnten, das vor uns steht und in das wir einen Teil unseres Lohnes hineinkippen, damit wir erfreulichere Nachrichten hören würden, als jene, die wir immer hören. Der Gemeinderat hat schon einmal und in gewohnter Manier ein Brikett herausgenommen und will in ein Postulat umwandeln. Ich will diesen Umstand nicht in Frage stellen. Ich sehe aber überhaupt nicht, weshalb wir den Vorstoss in ein Postulat umwandeln sollen, wenn das Ganze wie hier beschrieben gar nicht in unsere Zuständigkeit fällt. Dann ist uns ja der Gemeinderat gar keine Rechenschaft schuldig über das Ergebnis seiner Anstrengungen. Ich sehe also hier, dass sich in Zukunft nichts ändern wird. Aufgrund des Zuständigkeitsproblems kann die Wislepark AG nicht unter Druck gesetzt werden.

Ob das für die Zukunft positiv oder negativ ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Auch wenn wir jetzt alle wieder vor diesem Fass ohne Boden stehen und ganz fest denken, es wird schon gut kommen, wird sich trotzdem nichts ändern. Eins ist klar: Hoffnung ist ein schlechter Plan, und es ist die letzte Weisheit der Narren.

Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich weiss, dass man es nicht gerne hat, wenn Motionen in ein Postulat zurückgestuft werden. Es fehlt die rechtliche Grundlage, damit der GGR den Geschäftsplan einer Unternehmung genehmigen kann, auch wenn sie mehrheitlich von der Gemeinde beherrscht wird. Dem Gemeinderat ist es sehr wohl ein Anliegen, dass der Wislepark gut in der Politik verankert ist. Das hat er damals bewiesen, als es um eine Anpassung des jährlichen Beitrags ging. Damals hat er eine Spezialkommission eingesetzt. Wir wissen vom Verwaltungsrat, dass derzeit strategische Überlegungen zur Zukunft der Eishalle gemacht werden. Der Gemeinderat wird einbezogen, sobald sich die Ideen konkretisiert haben. Wir wollen dannzumal auch den GGR und die Parteien geeignet in diesen Prozess einbeziehen. In welcher Form dies gemacht wird, ist noch offen. Darum beantragen wir, dass der Vorstoss als Postulat erheblich erklärt wird.

Beschluss:

1. Die Motion der SVP- und FDP-Fraktion mit dem Titel „Zukunft des Wislepark politisch verankern: für einen zukunftsgerichteten Geschäftsplan der Sportzentrum Worb AG“ wird in ein Postulat umgewandelt und als erheblich erklärt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes", einfache Anfrage der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 6	Beschlussnummer 2017/21-211	Geschäftsnummer 32313	Archivnummer 13/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	------------------------

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der SVP-Fraktion mit dem Titel „Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes“ wird Kenntnis genommen.

"Kantonale Sparmassnahmen und deren Auswirkungen auf die Gemeinde Worb", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 7	Beschlussnummer 2017/21-212	Geschäftsnummer 32154	Archivnummer 21/47
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Die Antworten sind für uns nachvollziehbar, der Tenor aber unbefriedigend. Das liegt aber vielleicht auch in der Natur der Sache. Konkret bezüglich Frage zwei ist der Rückgang der Aufträge eher mit den unzureichenden finanziellen Mitteln als mit den sinkenden Bedürfnissen zu begründen. Zudem fehlen der Spitex Worblental aufgrund der reduzierten kantonalen Zahlungen voraussichtlich 100'000 bis 150'000 Franken. Von der Spitex-Leitung ist aber zu vernehmen, dass die Einsätze 2019 bereits wieder anziehen. Das bringt mich zu Punkt fünf. Basierend auf den Gesprächen mit den Partnerorganisationen überrascht mich die Aussage doch sehr, es lägen keine Unterstützungsanfragen vor. Wir freuen uns, dass sich der Gemeinderat gegen dieses unfaire, asoziale und kurzsichtige Sparprogramm eingesetzt hat. Allerdings ist für uns die Arbeit damit nicht getan. Das Handeln des Kantons auf dem Buckel der sozial Schwächsten kann nicht toleriert werden. Die Fraktion SP+Grüne erwartet vom Gemeinderat, dass er sich weiterhin gegen das Abwälzen von Finanzverantwortung zur Wehr setzt. Wir fordern zudem alle versammelten Räte auf, ihre Parteivertreter im Kanton dazu zu motivieren, sich gegen diese Sparmassnahmen einzusetzen.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Kantonale Sparmassnahmen und deren Auswirkungen auf die Gemeinde Worb“ wird Kenntnis genommen.

"Bärensaal Worb - angemessene Infrastruktur", Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 8	Beschlussnummer 2017/21-213	Geschäftsnummer 32153	Archivnummer 32/1/2
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Der Bärensaal ist für mich in einigen Bereichen ein bauliches Missgeschick. Ich spreche dabei vor allem die fehlenden Platzverhältnisse hinter der Bühne sowie die miserable Belüftung an. Wir müssen uns bewusst sein, dass auch dieser Saal Worb repräsentiert. Er wird von auswärtigen Künstlern benutzt und auch auswärtige Besucher kommen hier an einen Anlass. Letzten Sommer war ich bei einem Worber Verein hier am Lotto. Es war stickig und heiss und das schon beim Eintreten. Dies hatte wohl Vorteile für den Getränkeverkauf nicht aber auf die Zufriedenheit der Anwesenden. Die Kommentare rundum waren dementsprechend negativ. Nun, Worb will und soll attraktiv sein. Dazu gehört halt auch ein Gemeindesaal, der zufriedene Künstler und Besucher hinterlässt. Es ist mir bewusst, dass einige der baulichen Missgeschicke nicht einfach so behoben werden können. Es wird fast ein Ding der Unmöglichkeit, den fehlenden Platz hinter der Bühne zu generieren. Aber was man tun kann, sollte man tun. Bei der Belüftung gibt es sicher Verbesserungsmöglichkeiten. Und ich rede hier nicht vom Einbau einer Klimaanlage. Es gibt da sicher noch andere Modelle. Prioritär und dringlich sehe ich aber die Umstellung der energiefressenden und wärmeabstrahlenden Scheinwerfer und Saalbeleuchtung. Wie ich im Postulat geschrieben habe: Für Worb mit dem Label Energiestadt muss die Umrüstung auf LED eine Selbstverständlichkeit sein. Dies eben nicht nur bei der Aussenbeleuchtung, sondern auch bei den gemeindeeigenen Gebäuden und dies besser heute als erst morgen. Die EVP unterstützt die Aussagen des Gemeinderates in seiner Stellungnahme, als erstes die Saalbeleuchtung und die Bühnenbeleuchtung etappenweise bis Ende 2021 auf LED umzurüsten. Wir bitten den Grossen Gemeinderat, unser Postulat in dem Sinne als erheblich zu erklären. Besten Dank für eure Unterstützung für einen energiefreundlichen und dann vielleicht auch noch mal attraktiven Gemeindesaal.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir von der SVP-Fraktion haben das Geschäft auch angeschaut und sind grundsätzlich der Meinung, dass die Prioritäten bei den Investitionen definitiv anderen Orten liegen. Weiter haben wir den Eindruck, dass doch für den grösseren Teil der Anlässe dieser Gemeindesaal plus minus in Ordnung ist. Es gibt dann natürlich speziellere Künstler oder speziellere Anlässe, wo die Bedürfnisse doch sehr individuell sind. Beleuchtung, Multimedia und so weiter, wo wir diese Bedürfnisse auch mit einer Anpassung wahrscheinlich nicht ganz zur Zufriedenheit werden erfüllen können. Wir lehnen aus diesen Gründen die Erheblichkeit von diesem Geschäft ab.

Beschluss:

Das Postulat der EVP-Fraktion mit dem Titel „Bärensaal Worb – angemessene Infrastruktur“ wird als nicht erheblich erklärt.

"Tempo 20 im Dorfzentrum Worb: für sichere Schul- und Velowege", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 9	Beschlussnummer 2017/21-214	Geschäftsnummer 32052	Archivnummer 56/13/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Von Arx Roland, SP+Grüne: Es ist schon so, wie der Gemeinderat sagt, der Ausbaustandard von der Bahnhof- und Bernstrasse mit Tempo 30 wurde öffentlich aufgelegt und man hätte eigentlich damals schon sagen können, wir möchten lieber Tempo 20. Nur war es für uns Laien natürlich nicht ersichtlich, dass man bei der Bahnhofstrasse eigentlich eine Hauptstrassenverbindung macht, wo kein Rechtsvortritt mehr gilt. Das Problem ist, dass viele die Vortrittsverhältnisse nicht kennen. Tempo 30 heisst eigentlich Rechtsvortritt. Aber wenn natürlich ein Trottoir durchgezogen ist, dann gilt der Rechtsvortritt nicht. Wie sieht jetzt das der Autofahrer? Dies erkennt er ja gar nicht. Er weiss es ja gar nicht. Er schaut ja nicht aufs Trottoir sondern auf die Strasse. Und man erkennt es eigentlich erst dann, wenn man auf der Strasse die Tulpen aufzeichnet. Dann kann man es auch erahnen, aha, da wäre jetzt eigentlich Rechtsvortritt. Wenn wir jetzt eine Regelung hätten, wo man immer Rechtsvortritt hätte, würde das wesentlich zur Klarheit beitragen und die Vortrittsberechtigung könnte besser respektiert werden. Oft passieren Unfälle auch wegen dem, weil jeder meint, er habe Vortritt. Einer ist danach immer der Dumme, obschon dass eigentlich beide Beteiligten sich rücksichtslos verhalten und den Vortritt mehr oder weniger erzwungen haben. Bei der Planung von der Sanierung von der Bahnhofstrasse hat man das Prinzip von der Koexistenz von allen Verkehrsteilnehmer so grob zugrunde gelegt. Das heisst, dass kein Verkehrsteilnehmer den anderen dominieren sollte und alle aufeinander Rücksicht nehmen. Mit der jetzigen Vortrittsregelung ist dies aber wieder nicht so. Jetzt hat einfach wieder der Autofahrer Vortritt und dominiert den Verkehr. Laut Gemeinderat sind Begegnungszonen dort sinnvoll, wo viele Fussgängerinnen und Fussgänger zirkulieren. Von uns aus gesehen, ist dies bei der Bahnhofstrasse zwischen Bahnhof, Altersheim und dem Schulhaus sicher erfüllt. Vom Löwen bis zum Dorfschulhaus, sind es etwa 200 Meter. Der Zeitgewinn mit Tempo 30 anstatt Tempo 20 ist dort etwa 14 Sekunden. Und wenn ich von dort bis in den Paradiesweg fahre, dann brauche ich vielleicht 42 Sekunden mehr, weder wenn ich 30 fahre. Zum Migros-Kreisel sind es auch nur 40 Sekunden. Klar, Zeit ist Geld. Aber die Verkehrssanierung hat auch 70 bis 80 Millionen gekostet und die Erwartung von den Dorfbewohner an die Verbesserungen der Verkehrssituation ist daher berechtigterweise hoch. Die Umfahrung ist ja nicht nur für die Pendler von Vechigen, Walkringen und Biglen gebaut worden, damit sie sich danach auf Bern-Ost beklagen können, wenn man ein Tempo weiter einschränken will und sie trotzdem mitten durch das Dorf wollen. Ein Artikel, welcher letzte oder vorletzte Woche im Bund erschienen ist, zeigt übrigens schön auf, wie in Wien lokale Geschäfte von Begegnungszonen profitieren können. Zentren werden so attraktiver, die Anwohner und Geschäfte profitieren. Klar, muss man jetzt zuerst prüfen, wie sich die Situation entwickelt, aber wir haben auch nur einen Prüfauftrag, wo wir eine Prüfung von diesen Fragen verlangen und wie wir ja wissen, dauert es danach immer mehrere Jahre, bis so eine Prüfung umgesetzt wird. Die Bearbeitung zum Beispiel vom Postulat zu der Begegnungszone auf dem Kirchweg, Bahnhofplatz – Kirchweg, hatte auch über zehn Jahre gedauert, bis es danach endlich eine Begegnungszone gegeben hat. Ja, der GR lehnt jetzt den Prüfauftrag ab, mit wahrscheinlich der Mehrheit von diesem Saal. Dafür unterstützt er das Postulat von der EVP für die Lösung mit Fussgängerstreifen. Das, obschon er auch feststellt, dass Fussgängerstreifen die Sicherheit nicht wesentlich erhöhen. Zudem fragen wir uns: Wie viele Fussgängerstreifen soll es denn geben? Und wo sollen denn diese hinkommen? Wir werden das Postulat von der EVP aber auch annehmen, denn vielleicht kommt man ja bei der Prüfung von dem Postulat dann zum Schluss, dass die Begegnungszone vielleicht doch die bessere Lösung wäre.

Stucki Daniel, FDP: Ich danke dem Gemeinderat für seine nachvollziehbare Stellungnahme und das Näherbringen von den zwei Fachbroschüren „Begegnungszonen“ und „Tempo-30-Zonen“ von der bfu. Aus Sicht von der FDP Fraktion sind einige Bedingungen für eine Einführung von Tempo 20 nicht gegeben. Erstens befinden sich entlang von diesen Strassen nicht beidseitig Geschäfte, welche ein hin und her über die Strasse rechtfertigen würden und dort, wo dies der Fall ist, sind bereits 20er-Zonen. Zweitens ist mit der aktuellen Parkplatzsituation die Mindestsichtweite von 15 Meter, welche gemäss bfu ein Autofahrer haben muss, nicht gegeben. Dass bei einem neuen Verkehrsregime alle Verkehrsteilnehmer, also Autofahrer, Lastwagenfahrer, Fussgänger von jedem Alter und sogar Postautofahrer, verunsichert sind, das ist unbestritten. Bevor aber eine fundierte Aussage über Sinn und Unsinn von dieser Erneuerung, welche unter Miteinbezug der Bevölkerung gemacht wurde, gemacht werden kann, braucht es Zeit. Lasst uns doch dieses Verkehrsregime, welches nicht zuletzt mit dem fehlenden Lastwagenverbot noch gar nicht fertig ist, zuerst eine Weile dem Worber-Alltag sein. Danach können wir beobachten, wie sich die Akteure im Verkehr fühlen und verhalten. Wie hat doch der französische Schriftsteller, Jean de La Fontaine, schon gesagt: „Eilen hilft nicht. Zur rechten Zeit aufbrechen, das ist die Hauptsache.“ Darum empfiehlt die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu folgen, den richtigen Moment abzuwarten und das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Waber Karin, SVP: Die SVP Worb folgt auch der Empfehlung vom GR und möchte dieses Postulat als nicht erheblich erklären. Wir sehen in dem Tempo 20 respektive in dieser Begegnungszone im Zentrum von Worb keine zielführende Massnahme.

Gerber Urs, Departementvorsteher Sicherheit: Der Gemeinderat teilt an und für sich die Grundhaltung von SP+Grüne, welche da in diesem Vorstoss zum Ausdruck gebracht wird. Auch der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden ein wichtiges Anliegen ist und wir wollen natürlich Unfälle verhindern. Ein anderes Argument ist auch einleuchtend, dass es ein gewisser Reiz hätte, wenn es im Worber Dorfzentrum eine einheitliche Regelung geben würde. Die Unterschiede zwischen den Begegnungszonen in den Bereichen Bahnhofplatz, Hauptstrasse, Kirchweg einerseits und dem Tempo 30 sind noch nicht genügend bekannt und können auch verunsichern. Wir haben begründet, warum wir, als Gemeinderat, diesen Vorstoss nicht als zielführend ansehen. Das eine hat Roland genannt. Wir haben einen Strassenplan, dieser wurde im öffentlichen Verfahren gemacht und eigentlich sind wir jetzt in der Umsetzung. Bahnhofstrasse und Bernstrasse sind jetzt die Hauptachsen, von welchen wir sprechen. Ihr nehmt ja da noch andere Quartierstrassen ins Visier. Die Bernstrasse und die Bahnhofstrasse wurden aufs Tempo-30-Regime ausgelegt und wir haben am Anfang vom Gemeindepräsident gehört, wie sich die Zahlen von den Fahrzeugen, welche durchfahren, seit 2010 massiv geändert haben. Also ich sage es nochmals: Von 15'400 Fahrzeuge pro Tag, welche die Bahnhofstrasse befahren haben, sind es heute, beziehungsweise Ende Juni, wo gemessen wurde, noch 5'850 Fahrzeuge. Das sind also fast 10'000 Fahrzeuge weniger pro Tag und in der Bernstrasse ist der tägliche Verkehr sogar von 12'000 auf 3'300 gesunken. Und die Geschwindigkeiten, welche von 85 Prozent von den Fahrzeugen maximal erreicht werden, sind um rund 10 km/h auf 37 km/h gesunken. Und ganz schnell haben wir alle vergessen, wie die Zustände 2010 noch waren und wie stark sich diese Verhältnisse jetzt mit dem neuen Regime verbessert haben. Also man kann sagen, die baulichen Massnahmen zeigen Wirkung und sie haben unsere Strassen sehr viel sicherer gemacht. Es wurde schon gesagt, die Begegnungszone, die funktioniert dann, wenn viele Fussgängerinnen und Fussgänger stetig zirkulieren, auf beiden Seiten Läden sind oder wenn es eben eine Quartierstrasse ist, welche auch als Spielmöglichkeit, Aufenthaltsort gebraucht wird. Und beide Varianten sind nicht erfüllt. Es zirkulieren eben nicht genug Fussgängerinnen und Fussgänger und in den Quartierstrassen ist kein Bedürfnis feststellbar, dass man auf der Strasse spielen möchte. Vermutlich weil es in den Quartieren andere Räume gibt, wo man zum Spielen hingehen kann. Wir gehen davon aus, dass gar keine funktionierende Begegnungszone entstehen könnte. Man könnte natürlich das Tempo-20-Regime auf diesen Hauptstrassen, sage ich jetzt mal, erzwingen. Damit müssten wir aber, weil es eben nicht genug Fussgängerinnen und Fussgänger hat, mit baulichen Massnahmen wirken. Dies wären Bodenwellen, Erhebungen, weitere Verengungen. Dort müsste man dann wieder sagen, dass das stete abbremsten und wieder anfahren auch wieder zu mehr Lärm führen würde und für die Postautos wäre es ganz sicher keine ideale Situation. Alle baulichen Massnahmen müssten wir ganz selber tragen. Das Postulat ist auch zu einer Zeit eingereicht worden, wo die Bahnhofstrasse noch nicht fertiggestellt war und im Endausbau hat die Gemeinde Worb ziemliche Anstrengungen unternommen, in Zusammenarbeit mit dem Kanton noch Verbesserungen anzubringen. Wir haben zusätzliche Bodenmarkierungen beim Hirschen und Sternen angebracht, wo den Autofahrenden signalisieren, dass sie sich auf einem Platz befinden und nicht auf einer Durchgangsstrasse. Ob dies jetzt gut gelungen ist, das müssen wir auch noch überprüfen. Einige sagen, man sieht es fast nicht. Wir haben vor und nach dem Schulhaus Zentrum grosse „Achtung-Kinder-Markierungen“ am Boden aufmalen lassen. Wir haben bei der Engstelle beim Dorfschulhaus, wo die „Füsschen-Markierungen“ angebracht sind, wo die Kinder darüber gehen, einen Parkplatz weggenommen, weil wir festgestellt haben, dass die Sichtweite nicht stimmte. Wir haben auf der Kreuzung, da vorne vor der Buchhandlung eine Tulpen-Markierung angebracht, um den Rechtsvortritt zu verdeutlichen. Da zeigen meine Beobachtungen, ich bin jetzt nicht gerade tagelang dort, aber dass das funktioniert. Wir haben auf der Bahnhofstrasse ein Lastwagenfahrverbot beschlossen. Das Verbot wurde publiziert, es sind keine Beschwerden eingegangen. Die Signale sind bestellt und ich gehe davon aus, dass diese demnächst, also sagen wir, bis vielleicht Ende November angebracht sind. Die Erfahrungen zeigen jetzt einfach, dass es Zeit braucht, bis sich alle Verkehrsteilnehmenden mit dem neuen Verkehrsregime zurecht finden. Man sieht auch ein bisschen den Unterschied zwischen Bernstrasse und Bahnhofstrasse. In der Bernstrasse hat es sich sehr gut eingespielt. In der Bahnhofstrasse muss es noch Verbesserungen geben. Wir beobachten diese Entwicklung und verbessern dann weiter, wo es sinnvoll ist, aber wie gesagt, die Änderung vom Strassenplan und zur Einführung von einer Tempo-20-Zone im ganzen Dorfzentrum wäre unverhältnismässig und teuer und die Massnahme ist in absehbarer Zeit sicher nicht nötig. Daher stellt der Gemeinderat den Antrag, dieses Postulat nicht erheblich erklären zu lassen.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Tempo 20 im Dorfzentrum Worb: für sichere Schul- und Velowege“ wird als nicht erheblich erklärt.

"Fussgängerstreifen auf der Bahnhofstrasse schafft Klarheit und Sicherheit", Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 391	Datum 11.11.2019	Traktandum 10	Beschlusnummer 2017/21-215	Geschäftsnummer 32152	Archivnummer 56/13/0
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Cetin Mayk, EVP: Erst einmal besten Dank für die Information zum Verkehrsmonitoring. Diese war sehr aufschlussreich und die Zahlen auch sehr erfreulich. Eine Frage habe ich noch. Ist das Monitoring abgeschlossen oder wird dies noch weitergeführt? Dies ist abgeschlossen. Klar, es heisst Verkehrsmonitoring, also nimmt man an, dass man die Verkehrsteilnehmer, sprich die Automobilisten anschaut. Interessant wäre auch gewesen die Beobachtung der Fussgänger einzubeziehen. Es ist manchmal sehr spannend, wie verunsichert auch die Fussgänger über die Strasse gehen. Vielleicht noch kurz: Urs du hast gemeint, wegen dem Strassenplan ändern. Unser Vorstoss würde meinem Verständnis nach keine Änderung des Strassenplans auslösen, da der Gesetzgeber in der Bundesverordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen im Art. 4 Abs. 2 sagt: „Die Anordnung von Fussgängerstreifen ist unzulässig.“ Dies ist klar im Grundsatz. „In Tempo-30-Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger dies erfordern, namentlich bei Schulen und Heimen.“ Wenn der Gesetzgeber dies schon so explizit erwähnt „Schulen und Heimen“, was haben wir genau an der Bahnhofstrasse? Wir haben eine Schule und ein Heim. Aus diesem Grund, weil dies zulässig ist und die Beobachtungen wirklich zeigen, dass für alle, Automobilisten, Fussgänger, Schüler und Heimbewohner, wirklich unklar ist, wie sie mit dem Zustand der Bahnhofstrasse umgehen möchten, würden aus unserer Sicht ganz klar die Fussgängerstreifen Klarheit schaffen. Klarheit heisst für uns Sicherheit. Danke für die Unterstützung.

Zingg Stephan, SVP: Wir haben im Vorfeld schon viel gehört. Einerseits vom Verkehrsmonitoring her und auch beim letzten Traktandum. Die SVP hat sich ebenfalls den Kopf nicht gerade zerbrochen, aber schräg gehalten und überlegt, was wir damit wollen. Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass wir aufgrund von unseren schwächsten Verkehrsteilnehmenden, unseren Kindern, das Postulat eigentlich unterstützen müssten, respektive erheblich erklären.

Stucki Daniel, FDP: Ich werde mich auch hier kurz halten, da wir der Meinung sind, dass auch hier die Antwort ausführlich, fundiert und abschliessend gegeben wurde. Die FDP-Fraktion war sich in einzelnen Punkten nicht einig. Einerseits herrscht die Haltung, dass ein Fussgängerstreifen den Bürgern zumindest ein Gefühl von Sicherheit bei der Querung der Strasse geben würde und damit Klarheit über Vortritt und nicht. Es könnte jedoch auch dazu führen, dass man tendenziell blind auf den Fussgängerstreifen hinaus läuft. Zudem würden Fussgänger dazu gezwungen, ein Zebrastreifen zu benutzen, wenn wir einen haben. Also müsste man entweder wirklich über den Fussgängerstreifen gehen oder man müsste alle 100 Meter einen solchen Fussgängerstreifen anbringen, damit man über die ganze Länge der Strasse hinübergehen kann und dies dann nur beim Fussgängerstreifen mit Vortritt. Ihr seht, wie kompliziert dies ist. Aus allen diesen und den bereits im vorderen Votum gegebenen Gründen und nach intensiven Diskussionen in der FDP-Fraktion sind wir uns einig, dass der richtige Moment schon noch kommt und man dann über die fehlende Klarheit diskutieren kann. Schaffen wir Klarheit, nachdem ordentlich abgeklärt wurde, ob das Bedürfnis nach noch klarerer Klarheit herrscht.

Gerber Urs, Departementvorsteher Sicherheit: Bei diesem Postulat der EVP hat die Sicherheitsabteilung sehr lange gerungen, was sie dem Gemeinderat für einen Vorschlag unterbreiten möchte. Die Fraktion der EVP möchte nämlich, dass ziemlich umgehend geprüft und dann gerade Fussgängerstreifen angebracht werden. Sie behauptet auch, dass dies Sicherheit schaffen würde und der Gemeinderat müsse sich nicht vorwerfen lassen, dass es Verletzte und Tote geben würde. Durchaus ist natürlich ein Fussgängerstreifen eine gute Sache,

wenn er alle Kriterien erfüllt. Es könnte sein, dass dereinst in näherer Zeit, als dies damals in der Begegnungszone der Fall war, wir gezwungen werden, an bestimmten Orten ein Fussgängerstreifen anzubringen. Daher haben wir uns entschlossen, die Überweisung des Postulates zu beantragen. Wir beobachten sicher diese Situation weiter und werden alle nötigen Massnahmen ergreifen. Was wir sicher nicht machen, ist ein Fussgängerstreifen in der nächsten Zeit aufmalen. Vielleicht auch nicht im nächsten Jahr. Vielleicht haben ein paar Aussagen in der Antwort des Gemeinderates verunsichert oder einige sogar ein wenig provoziert. Sie entsprechen jedoch dem aktuellen Stand der Forschung zur Verkehrssicherheit. Die Statistik zeigt interessanterweise, dass fast 80 Prozent von allen Unfällen mit Verletzten und Toten die Ursache Fehler in der Wahrnehmung hat. Die wirksamste Massnahme ist daher die Heruntersetzung des Tempos. Dies haben wir von 50 auf 30. Wir haben eine sechsfach geringere Wahrscheinlichkeit, dass bei einer Kollision ein Passant, eine Fussgängerin, ein Fussgänger tödlich verletzt wird. In Bremgarten hat man 2009 eine Temporeduktion und die Aufhebung von Fussgängerstreifen wissenschaftlich mit Messungen und Videos begleitet. Weil dort viele Kinder unterwegs waren, wie bei uns auf der Bahnhofstrasse, hatte man dort ein besonderes Augenmerk auf die Kinder. Die Resultate waren eindrücklich. Wir stellen uns ein Kind vor, welches am Strassenrand steht und die Strasse überqueren möchte. Was denkt ihr, wie viele Autolenker bei Tempo 50, wenn das Kind am Strassenrand steht, am Fussgängerstreifen angehalten haben, dass das Kind die Strasse queren kann? Könnt raten, euch etwas überlegen. Es waren 30 Prozent. 70 Prozent der Autofahrenden sind über den Fussgängerstreifen gefahren, wo das Kind Vortritt gehabt hätte. Man hat dann das genau gleich ohne Fussgängerstreifen mit einer massiven Temporeduktion gemacht und wieder gemessen. Da ist wieder ein Kind irgendwo an den Rand gestanden, weil es frei war und hat angezeigt, dass es über die Strasse möchte. Man hat dann geschaut, wie viele Lenker anhalten. Es waren 94 von 100, die angehalten haben. Warum halten vor dem Fussgängerstreifen weniger Autos an, obwohl sie müssten? Der Fehler ist ganz eindeutig. Dies hat man auch in den Videos beobachtet. Bei schnellerer Geschwindigkeit wurden die Kinder einfach nicht wahrgenommen. Da war man als Autofahrer auf dem Fussgängerstreifen und merkte, dass man eigentlich hätte anhalten müssen und war schon vorbei. Bei den Kindern ist es jetzt noch so, dass sie wissen, ob Fussgängerstreifen oder Markierungen auf dem Boden, die gehen nach der Regel „Rad steht, Kind geht“. Dies haben wir jetzt auch. Ihr könnt es beobachten gehen. Das machen sie. Bei den Senioren ist es auch ein Problem. Dies habe ich viel gehört. Senioren mit Rollatoren müssten Stunden warten, bis sie die Strasse queren können. Den Leiter des Altersheims habe ich letzten Sommer gefragt, was seine Leute zum anderen Verkehrsregime sagen und ob sie zufrieden damit sind. Dann sagt er, sie seien nicht so zufrieden. Warum denn nicht? Es sei einfach viel weniger los. Vor dem Altersheim ist viel weniger los. Sagen sie, dass sie schlechter über die Strasse kommen? Von dem habe er noch nie etwas gehört. Beim Dorffest habe ich ihn wieder gefragt. Wegen der Strasse überqueren, haben sie jetzt etwas gesagt? Ist es schwierig? Dann hat er gesagt, sie seien schon verunsichert. Und der nächste Satz war: Und dies ist gut, denn so laueren sie nicht einfach über die Strasse. In dem Moment, wo der Fussgänger das Gefühl hat, er habe sowieso Vortritt, schaut man nicht mehr. Jetzt könnt ihr schauen gehen, wie es anfängt. Man fängt an zu Kommunizieren. Jemand steht dort und eine Autofahrende kommt, sieht dort jemand stehen, hält an und lässt die Leute über die Strasse. Wir haben Videoaufnahmen gesehen, wo man alt und neu, von 2010 und von letztem Juni 2019, Konfliktsituationen sieht. Dies war sehr eindrücklich. Wir können es leider aus rechtlichen Gründen nicht zeigen. Dort haben wir gesehen, dass Leute der Strasse entlang gehen und sehen, dass noch ein Auto kommt und weiterlaufen, sobald das Auto vorbei ist, gehen sie dort über die Strasse, wo sie wollen. Wenn wir Fussgängerstreifen machen, ist innerhalb von 100 Metern eine Pflicht genau über diesen Fussgängerstreifen zu gehen. Dies heisst, wir würden den Fussgängern eigentlich eine Möglichkeit nehmen, sich korrekt zu verhalten. Denn was passiert ist auch klar, man hält sich nicht daran und geht trotzdem neben dem Fussgängerstreifen über die Strasse. Es ist wahr, Fussgängerstreifen können bei Schulen, bei Heimen und so weiter speziell auch in der 30er-Zone aufgemalt werden. Aber das bfu sagt auch, dass zuerst mit Querungsstellen und anderen baulichen Massnahmen probiert werden muss, dies sicherer zu gestalten. Der Gemeinderat hat durchaus auch gezeigt, dass er sich sehr bei der Post auf der Kantonsstrasse eingesetzt hat, dass obwohl 30 ist, ein Fussgängerstreifen hinkommt. Dies ist auch der einzige sinnvolle Ort, wo man die Strasse überqueren kann und man dort grosse Frequenzen hat. Dies ist auch gut dort. Bei der Bahnhofstrasse macht es im Moment einfach keinen Sinn. Mit anderen Worten: Ob ihr jetzt dieses Postulat überweist oder nicht, werden wir auf jeden Fall die Situation weiter beobachten und wir werden auf jeden Fall, wenn man der Ansicht ist, dass ein Fussgängerstreifen helfen würde, auch einen Fussgängerstreifen aufzeichnen.

Beschluss:

Das Postulat der EVP-Fraktion mit dem Titel „Fussgängerstreifen auf der Bahnhofstrasse schafft Klarheit und Sicherheit“ wird als erheblich erklärt.

Dringliche Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Tagesschule ja, aber..."

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	11	2017/21-216	32417	32/2/7

„Der Worber Dorfkern ist weitgehend bebaut. Öffentliche Freiflächen befinden sich auf dem Bärenplatz, dem Bahnhofplatz, dem Schulhaus Zentrum und neuerdings auf der Bahnhofstrasse. Seit seiner Errichtung und grossen Einweihung fehlt es dem Bärenplatz an Leben. Trotz aller Bemühungen ist das heutige Platzkonzept schlicht gescheitert. Worb hat keinen Dorfplatz. Worb hat ausserhalb der Rush-Hour auch kaum Leben im öffentlichen Raum. Mit der Verkehrssanierung und der dadurch aufgewerteten Bahnhofstrasse bieten sich Chancen für neue Begegnungsräume aller Generationen zwischen Altersheim und Restaurant Hirschen. Das Schulhaus im Dorfkern wirkt seit Jahrzehnten zentrumsprägend. Dies erkannten bereits über 900 Worberinnen und Worber, welche quer durch alle politischen Lager hindurch das Volkspostulat für einen Familienspielplatz beim Schulhaus Zentrum einreichten. Wohlgedenkt, vor mehr als zehn Jahren. Je dichter die Menschen zusammenleben, desto wichtiger ist die Freifläche für Begegnung, Zusammenleben und Ausgleich. Mit innerer Verdichtung lässt sich der Wohnraum zwar im Sinne der Ortsplanungsrevision noch steigern. Demgegenüber beschränkt sich aber der letzte Freiraum im Dorfkern im Wesentlichen auf den Schulhausplatz Zentrum. Nun will der Gemeinderat in forschem Tempo die Freifläche für immer überbauen. Seit Jahrzehnten fordern SP+Grüne gute Angebote zur Stärkung der Familien und der Bildung. Hierzu gehören die Tagesschulen. Endlich geht es vorwärts. Leider am falschen Ort. Begründung der Dringlichkeit: Das Projekt Tagesschule ist wichtig und soll möglichst rasch realisiert werden können. Solange die Fragen rund um den Begegnungs- und Familienspielplatz auf dem Schulhausplatz Zentrum nicht geklärt sind, bleibt das Geschäft politisch blockiert. SP+Grüne bitten den Gemeinderat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat die langfristige Entwicklung des Worber Dorfkerns vor, wenn die letzte Freifläche beim Schulhaus Zentrum überbaut ist?
2. Wie will der Gemeinderat dem zwingenden Bedürfnis der Familien und der breiten Bevölkerung nach einem Begegnungs- und Spielplatz im Dorfczentrum entsprechen?
3. Wie will der Gemeinderat die überwiesenen Postulate von FDP und SP für einen attraktiven Familienspielplatz bzw. für ein Dorfschulhausplatz «für alle Bevölkerungsgruppen» erfüllen?
4. Wie kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass mit einem Spielplatz innerhalb des Wisleparcs die breite Dorfbevölkerung (von Familien über Einkaufende, Seniorinnen und Senioren im Altersheim bis zu Eltern auf dem Arbeitsweg) erreicht werden kann? Ist der Gemeinderat nicht einfach darauf ausgerichtet, die Ersatzmassnahmen des «Dreiklangs» elegant im Wislepark zu realisieren und gleichzeitig die unliebsamen Forderungen der Bevölkerung für einen Familienspielplatz im Worber Zentrum abzuschreiben?
5. Welche Alternativstandorte für die Tagesschule hat der Gemeinderat geprüft (Standorte, Projekte, Bewertung, Chancen, Risiken)? Wie verhält es sich mit dem Gebäudekomplex alte Garderobe / Turm Wislepark?
6. Über 900 Worberinnen und Worber haben sich bereits mit einem Volkspostulat zu eine attraktiven Familienspielplatz geäussert. Damit ist das öffentliche Interesse für Worber Verhältnisse in überwältigender Weise dokumentiert. Trotzdem verzichtet der Gemeinderat auf jede Form der offenen und niederschweligen Mitwirkung. Warum?
7. Mit Interesse haben SP+Grüne vom Projekt Tagesschule Kenntnis genommen. Allerdings ist ihnen kein öffentlicher Wettbewerb für die Planerleistungen bekannt. Wie wurde das öffentliche Beschaffungsrecht angewandt? Gemäss Projektkosten müsste der Anteil für die Planerleistungen die massgebenden Schwellenwerte deutlich überschreiten.“

Dringliche Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Kein Schachmatt auf der Sternematt"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	12	2017/21-217	32416	31/0/0

„In der Worber Ortsplanung ist die innere Verdichtung von zentraler Bedeutung. Dies mit der Absicht, den kostbaren Grund bestmöglich zu nutzen. Je dichter die Menschen zusammenleben, desto wichtiger ist die Freifläche für Begegnung, Zusammenleben und Ausgleich. Der Siedlungsraum in Worb Dorf ist weitgehend bebaut. Mit innerer Verdichtung lässt sich der Wohnraum zwar noch steigern. Demgegenüber beschränkt sich die letzte prägende Grünfläche auf den Raum zwischen Genossenschaft HAWO, Sternen und Wislenpark. Über Jahrzehnte wurde diese Zone von Parlament und Gemeinderat als Zone öffentliche Nutzung für die künftigen Generationen reserviert. Dies als mögliche künftige Erweiterung des Wislenparkes oder für eine andere der Bevölkerung offen zugänglichen Nutzung. Offenbar will nun der Gemeinderat den Generationenvertrag ohne Not Preis geben: Statt öffentlicher Nutzung soll die «grüne Worber Lunge» privaten Interessen weichen. Die Bevölkerung ist sehr besorgt. Ohne politischen Diskurs, ohne Mitwirkung und ohne offene Information soll ein fait accompli geschaffen werden. Begründung der Dringlichkeit: Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist sehr gross. Die Beantwortung der Fragen erlaubt im Interesse der Transparenz und politischen Verantwortung deshalb keinen Aufschub. SP+Grüne bitten den Gemeinderat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie will der Gemeinderat langfristig das fundamentale Bedürfnis der Bevölkerung nach Grünfläche befriedigen, wenn er jetzt die Sternenmatte von der öffentlichen Nutzung entbinden und überbauen lässt?
2. Wie will der Gemeinderat künftigen Bedürfnissen zur Erweiterung des Wislenparkes im Interesse der Bevölkerung nachkommen, wenn er die dafür über Generationen reservierte Grünfläche zur Überbauung freigibt?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Auffassung, dass die Interessen der Bevölkerung und der künftigen Generationen höher zu gewichten sind, als diejenigen von privaten Investoren?
4. In Worb ist die öffentliche Meinungsbildung ein zentrales Identifikationselement. Warum hat der Gemeinderat darauf verzichtet, seine Absichten frühzeitig der öffentlichen Debatte zuzuführen und die Bevölkerung offen an der Meinungsbildung teilhaben zu lassen?“

Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel ""Verkehr raus, Leben rein"; Weiterführung Umfangung Richtung Richigen"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	13	2017/21-218	32418	31/6/1

„Der Gemeinderat wird gebeten das Projekt "Weiterführung Umfahungsstrasse" wieder aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Dabei soll das 2003 vom ASTRA (Bundesamt für Strassen) geforderte und im selben Jahr vom Gemeinderat Worb lancierte Vorhaben, die Umfahungsstrasse vom Rubigenkreisel zum Eigerkreisel weiter zu ziehen, wieder aufgenommen, geplant und realisiert werden. Begründung: Die Umfahrung Worb ist aus Sicht der FDP Fraktion auf gutem Weg aber noch keineswegs abgeschlossen. Der Transitverkehr wurde mit der Umfahrung weitgehend von der Bern- und Bahnhofstrasse weg verlagert und das ist gut so, jedoch führt der Verkehr von Bern Richtung Richigen und umgekehrt nach wie vor via Migroskreisel, welcher als "Portal" in den Dorfkern angesehen werden kann. Zusätzlich führen die jüngst mit Fahrverbot belegten Ausweichrouten Gsteigweg und Stationsstrasse dazu, dass der Verkehr an besagtem Kreisel noch mehr zunehmen wird. Die Konzentration des Verkehrs wird sich zwischen Migros- und Rubigenkreisel etablieren. Dabei besteht die Gefahr, dass die Bern- und Bahnhofstrasse somit während Stosszeiten vermehrt als "Stauumfahrung" genutzt und das Ziel der Entlastung dieser beiden Strassen verunmöglicht werden könnte. Mit der Realisierung der Umfahrung vom Rubigenkreisel über die Bächumatt zum Eigerkreisel würden Verkehrsteilnehmer den Dorfkern wirklich umfahren, ausgenommen derer, die explizit in unser schönes Dorf wollen. Lasst uns das Projekt einer "echten" Umfahrung des Dorfkern von Worb in Angriff nehmen, ganz im Sinne "Verkehr raus, Leben rein!"

Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Wirtschaftsfreundliche Verwaltung? Nachfrage am Beispiel einer Anfrage in Bezug auf die Praxis zur Erteilung von Taxifahrerbewilligungen"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 391	11.11.2019	14	2017/21-219	32419	31/61

„Der Gemeinderat wird gebeten, die nachfolgenden Fragen im Zusammenhang mit Taxifahrerbewilligungen zu beantworten:

1. Ist es sinnvoll Reglemente und Vorgaben der Stadt Bern pauschal auch in Worb zu übernehmen?
2. Auf welche gesetzlichen Grundlagen stützen sich solche globalen übernahmen?
3. Ist eine Abteilung der Gemeindeverwaltung befugt, direkt eine Anfrage eines Unternehmens, welche den Zuzug substantieller Arbeitsplätze nach Worb zur Folge haben könnte, ohne Rücksprache mit dem Gemeinderat abschlägig zu beantworten?
4. Sollten solche Anfragen nicht besser durch den Gemeinderat oder die entsprechende Kommission abgearbeitet und individuelle Möglichkeiten aufgezeigt werden?
5. Was tut der Gemeinderat, um Worb speziell für Taxifahrerunternehmen attraktiver zu machen und so allenfalls neue Arbeitsplätze anzuziehen?

Begründung: Die Gemeinde Worb steht hinsichtlich Standortattraktivität zunehmend unter Druck. Die Vorgaben von Bund und Kanton werden komplexer, die Ansprüche der Bevölkerung und KMU an die Verwaltung steigen, und der finanzielle sowie raumplanerische Spielraum der Gemeinde Worb ist zunehmend ausgeschöpft. Die Konkurrenz unter den Kommunen um die Ansiedelung von Unternehmen nimmt gleichzeitig zu. Unter diesen Voraussetzungen wird die Förderung der Standortattraktivität der Gemeinde Worb immer wichtiger. Somit kann es aus der Sicht der FDP-Worb nicht sein, dass die Gemeinde bei Anfragen von interessierten Unternehmen, welche Arbeitsplätze nach Worb bringen wollen, pauschal und lediglich mit einem schwammigen Verweis auf die Praxis anderer Gemeinden negativ beantwortet und keine individuelle Lösung anbietet. Insbesondere mit Blick auf die angespannte Finanzlage dürfte man von der Gemeinde etwas mehr Entgegenkommen für interessierte Unternehmen erwarten. Auslöser für die vorliegende Interpellation ist unter anderem eine Anfrage eines mittelständigen Unternehmens, welches die Verlegung seines Sitzes nach Worb prüft. Das Unternehmen wäre zukünftig darauf angewiesen gewesen, von der Gemeinde Worb entsprechende Taxifahrerbewilligungen zu erhalten. Eine entsprechende Anfrage des Unternehmens wurde von der zuständigen Abteilung der Gemeinde aber mit pauschalem Verweis auf die in der Stadt Bern geltende Praxis negativ beantwortet, obwohl Worb gar keine mit der Stadt Bern vergleichbaren gesetzlichen Grundlagen kennt. Die entsprechende E-Mail Korrespondenz liegt der FDP-Fraktion vor. Für die FDP Fraktion geht nicht an, dass die Gemeinde interessierte Unternehmen derart unflexibel behandelt. Sie appelliert an den Gemeinderat, bei künftigen Anfragen mehr für interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer zu tun! Dem Gemeinderat wird vorab für die Beantwortung der eingangs gestellten Fragen gedankt.“

Sven Christensen
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 9. Dezember 2019

Jürg Bigler
Sekretär